

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3688 –**

Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Rückkehr zur soliden Haushaltspolitik, Infrastruktur stärken, erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen

A. Problem

Die Antragstellerin hat einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern soll, sich für eine nachhaltige und krisenfeste Entwicklung einzusetzen, wozu nach Auffassung der Antragstellerin insbesondere die Rückkehr zu einer soliden Haushaltspolitik, eine Stärkung der Infrastruktur, der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Herstellung von Ernährungssicherheit gehören. Dazu hat sie einen umfassenden Forderungskatalog unterbreitet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Harald Ebner
Vorsitzender

Jakob Blankenburg
Berichterstatter

Volker Mayer-Lay
Berichterstatter

Tessa Ganserer
Berichterstatterin

Nils Gründer
Berichterstatter

Dr. Rainer Kraft
Berichterstatter

Amira Mohamed Ali
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jakob Blankenburg, Volker Mayer-Lay, Tessa Ganserer, Nils Gründer, Dr. Rainer Kraft und Amira Mohamed Ali

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/3688** wurde in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. September 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragstellerin hat einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll,

1. schnellstmöglich zu einer soliden Haushaltspolitik zurückzukehren und Bestrebungen innerhalb der Koalition, die Schuldenbremse aufzuweichen bzw. gänzlich abzuschaffen, entschieden entgegenzutreten;
2. gezielt in die Infrastruktur zu investieren und Planungs- und Genehmigungsverfahren zu straffen, indem
 - a) gesetzliche Stichtagsregelungen mit möglichst kurzen Standardfristen für Einsprüche und verbindliche Höchstdauern von Genehmigungsverfahren eingeführt werden, bei denen nach Fristablauf ein zusätzlicher oder veränderter Tatsachenvortrag nur nach engen, europarechtskonformen Voraussetzungen zugelassen werden und im Übrigen als präkludiert zurückgewiesen werden kann,
 - b) für große Investitionsvorhaben länderübergreifender Bedeutung Planungsverfahren mittels Gesetzen (Legalplanung) verstärkt genutzt werden,
 - c) im Rahmen der vorhandenen Haushaltsspielräume gemeinsam mit den Ländern und unter deren finanzieller Beteiligung ein Programm entwickelt wird, dass ähnlich dem „Investitionspakt Sportstätten“ weiterhin die Sanierung maroder Sportstätten sowie weiterer öffentlicher Einrichtungen in den Städten und Gemeinden unterstützt;
3. die Energieversorgung zu sichern und die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken, indem zum Beispiel das Potential von Sonne und Biomasse ausgeschöpft wird, insbesondere durch
 - a) das Abbauen von Hemmnissen und Hürden beim Bau von Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen an Parkplätzen sowie entlang von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen,
 - b) den verstärkten Einsatz der Möglichkeiten der Agri-Photovoltaik sowie
 - c) zur kurzfristigen Nutzung der Potenziale nachhaltiger Bioenergie den Verhinderungsdeckel im Baugesetzbuch temporär aufzuheben;
4. die regionale Produktion zu stärken, indem
 - a) die von der Bundesregierung geplante Tierhaltungskennzeichnung alle Wertschöpfungsstufen einbezieht, zur Wettbewerbsgleichheit auch für Lebensmittel aus den anderen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern gilt sowie die finanziellen Mehrbelastungen für die Landwirtinnen und Landwirte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ausgeglichen werden,
 - b) die erfolgreiche Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung aus der 19. Wahlperiode fortgeführt und ausgebaut wird, insbesondere unter Nutzung der Möglichkeiten digitaler Technologien, wie unter anderem Apps und intelligenten Verpackungen,

- c) insbesondere die Möglichkeiten Neuer Genomischer Techniken (NGT) zur Züchtung innovativer landwirtschaftlicher Nutzpflanzen vorangebracht werden sowie
 - d) die Vielfalt von Nutzpflanzen erhalten und die Züchtung von klimaresilienten Sorten gefördert wird, da die pflanzengenetische Vielfalt von Saatgut gleichsam die Lebensversicherung für die wachsende Weltbevölkerung unter den Bedingungen des Klimawandels ist;
5. rechtliche Unsicherheiten bei der Weitergabe von Lebensmitteln abzubauen, indem zivilrechtlich die Möglichkeit geschaffen wird, dass bei einer kostenlosen Weitergabe von Lebensmitteln ein Haftungsausschluss vereinbart werden darf.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 21. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 61. Sitzung am 21. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 41. Sitzung am 25. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 40. Sitzung am 21. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 69. Sitzung am 21. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 20/3688 in seiner 45. Sitzung am 21. Juni 2023 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte eingangs fest, Ziel des Antrags, der bereits Ende September des vergangenen Jahres zur weiteren Beratung in die Ausschüsse und federführend in den Umweltausschuss überwiesen worden sei, sei die Forderung nach einer Neuaufstellung im Bereich der Nachhaltigkeit, gerade auch mit Blick auf die Lebensbedingungen künftiger Generationen. Hierzu gehöre vor allem auch eine im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, denn ohne die Bewahrung finanziellen Spielraums könnten zukünftige Generationen nicht agieren, auch nicht im Bereich des Klima- oder Umweltschutzes. Konkret werde die Bundesregierung in diesem Antrag unter anderem dazu aufgefordert, schnellstmöglich zu einer soliden Haushaltspolitik zurückzukehren. So müsse insbesondere das Instrument der Schuldenbremse wieder zentraler Bestandteil des Regierungshandelns werden. Auch werde die Bundesregierung aufgefordert, gezielt in nachhaltige Infrastruktur zu investieren, insbesondere die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Hemmnisse bei der Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie abzubauen, um das Potenzial aus Sonne und Biomasse besser zu nutzen. Die Fraktion der CDU/CSU begrüße, dass die Bundesregierung zwischenzeitlich schon einige der wegweisenden Vorschläge, wie den Bau von Photovoltaik-Anlagen entlang von Autobahnen und Fernstraßen, aus dem Antrag übernommen habe. Es wäre gut, wenn dies nun auch bei weiteren Forderungen aus dem Antrag, wie zum Beispiel bei der Sanierung maroder Sportstätten oder bei der Reduktion der Lebensmittelverschwendung, geschehen würde.

Die **Fraktion der SPD** erklärte zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion, man könne schon am Titel ablesen, dass die CDU/CSU-Fraktion unter dem Vorwand, es gehe um das Thema nachhaltige Entwicklung, einfach fordere, was sie immer fordere, nämlich insbesondere eine solide Haushaltsführung, was für die CDU/CSU gleichbedeutend sei mit dem Dogma der Schuldenbremse. Diesbezüglich habe die SPD-Fraktion bekanntlich andere Vorstellungen. Ansonsten reichten die Forderungen der CDU/CSU-Fraktion von der Planungsbeschleunigung, der Senkung der Abhängigkeit von Energieimporten bis zur Förderung regionaler Produkte. Das klinge auf den ersten Blick erst einmal nicht verkehrt, schaue man dann aber in die Unterpunkte, dann werde klar, dass es sich um ein wildes Sammelsurium von Wunschprojekten der CDU/CSU-Fraktion handele, die mit Nachhaltigkeit mal mehr, mal weniger zu tun hätten. Da würden Mittel für die Sanierung von maroden Sportstätten vorgeschlagen, was ja richtig sei, aber im selben Atemzug werde dann auch mehr Biomasse in der Energieerzeugung oder der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft gefordert. Hier könne die SPD-Fraktion nicht mitgehen, weshalb sie den Antrag ablehnen werde.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass der Antrag der Fraktion der CDU/CSU durchaus viele wichtige Punkte enthalte. So bedeute nachhaltiges Wirtschaften, dass man seinen kommenden Generationen keine Schulden hinterlasse, mit der diese ihren Wohlstand und ihren Lebensunterhalt reduzieren müssten, nur um diese Schulden dann wieder zu bezahlen. Es sei der beste und positivste Teil dieses Antrags, dass Wert auf eine solide Haushaltsführung gelegt werde.

An anderer Stelle falle der Antrag durch. Die Fraktion der CDU/CSU bekenne sich zwar zu den 17 SDGs (Sustainable Development Goals), den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, gleichzeitig werde vehement der eigene Kohle- und Kernkraftkurs verteidigt. Da habe die Fraktion der AfD die Argumentation der Fraktion der CDU/CSU aus dem letzten Herbst noch anders in Erinnerung und betonte, dass für eine preiswerte und zuverlässige Energieversorgung eine wind- und wetterunabhängige Versorgung essenziell sei. Das habe die Fraktion der CDU/CSU im letzten Herbst auch anders dargestellt, was bedeute, dass sie an dieser Stelle nicht im Rahmen von SDG Nr. 7 für eine preiswerte und zuverlässige Stromversorgung eintrete. Auch gebe es eine Diskrepanz zwischen den SDGs vor allem mit den landwirtschaftlichen Forderungen. Wolle man eine Erhöhung des Nahrungsmittelangebots im Rahmen der SDGs zur Bekämpfung von Hunger erreichen, nicht nur lokal sondern auch global, dann könne man nicht gleichzeitig die Forderung nach mehr Photovoltaik-Anlagen auf den Äckern erheben. Auch mit der Forderung nach dem Anbau von mehr biologischer Biomasse greife man wieder in den Kampf zwischen „Teller und Tank“ ein. Auch diese Punkte würden sich in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „beißen“. Insofern müsse der Antrag, obwohl er viele gute Punkte enthalte, abgelehnt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob eingangs positiv hervor, dass sich auch die CDU/CSU-Fraktion zur nachhaltigen Entwicklung bekenne.

In Sachen nachhaltige Entwicklung sei man allerdings von der Zielerreichung noch meilenweit entfernt. Zuletzt sei man sicherlich durch die Corona-Pandemie und den von Russland verschuldeten Angriffskrieg auf die Ukraine zurückgeworfen worden. Auch national habe man noch erhebliche Hausaufgaben zu erledigen – dies zeige auch der Indikatoren-Bericht.

Angezeigt sei in dieser Situation eine ganzheitliche Betrachtung, die man im Antrag der CDU/CSU-Fraktion vermisse. So enthalte der Antrag die pauschale Forderung, mehr Biomasse energetisch zu nutzen. Damit werde man der Sache aber nicht gerecht. Man brauche hier eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass man zukünftig im Zuge der Gesetzesfolgenabschätzung die Nachhaltigkeitsüberprüfung auch qualitativ durchführen könne, um eventuelle Zielkonflikte offen und transparent anzusprechen und dann wirklich zielgerichtet nachsteuern zu können. In allen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung müssten die Ziele erreicht werden. Hierauf richte auch der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung seinen Fokus. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion sei in einzelnen Teilen bereits überholt, greife zu kurz und müsse daher abgelehnt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE**. merkte einleitend an, dass der Antrag der Fraktion der CDU/CSU durchaus auch sinnvolle Forderungen enthalte, wie die Fortsetzung der Sanierung von Sportstätten, die einfache Errichtung von Solaranlagen an Parkplätzen, Autobahnen und Landstraßen, die Nutzung von Agri-Photovoltaik, den Ausgleich finanzieller Mehrbelastung der Landwirtinnen und Landwirte durch Anforderungen an die Tierhaltungskennzeichnung und den Haftungsausschluss bei der Weitergabe von Lebensmitteln. Allerdings könne die Fraktion DIE LINKE. den Kern des Antrags, den die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Beitrag nochmal angeführt habe, nämlich,

dass die Schuldenbremse unbedingt wieder gestärkt werden müsse, nicht unterstützen, sondern fordere im Gegenteil die Abschaffung der Schuldenbremse, die eine Zukunftsbremse sei. Wenn davon gesprochen werde, dass man den nächsten Generationen keine Schulden hinterlassen dürfe, so dürfe ihnen aber auch kein kaputt gespartes und wirtschaftlich abgehängtes Land mit kaputter Infrastruktur hinterlassen werden – genau das drohe, wenn man an dieser Ideologie festhalte. Auch andere Punkte des Antrags lehne die Fraktion DIE LINKE. ab, wie etwa den verstärkten Einsatz von neuer Agro-Gentechnik, die mit hohen gesundheitlichen, ökologischen, ökonomischen und auch sozialen Risiken verbunden sei. Damit drohten Patente auf das Leben mit all den Auswirkungen auf die Freiheit der Landwirtinnen und Landwirte, eigene Produkte nicht anbauen zu können.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie könne einer nachhaltigen Finanzpolitik, wie im Antrag der CDU/CSU-Fraktion gefordert, natürlich sehr viel abgewinnen. Es sei allerdings spannend, die Entwicklung der kommenden Monate zu beobachten, wenn die Bundestagswahlen näher rückten. Es sei schon fast Tradition, dass sich in dieser Phase die Stimmen aus Unionskreisen mehren würden, die die Schuldenbremse in Frage stellten.

Die Schuldenbremse sei eine Chance für die junge Generation, Spielräume zu bewahren. Noch im Jahre 2021 habe der Bund eine Zinslast von 4 Milliarden Euro im Haushalt zu tragen gehabt, diese belaufe sich aktuell auf nunmehr 40 Milliarden Euro. Das sei Geld, was kommenden Generationen fehle. Deswegen sei die Schuldenbremse auch so essentiell.

Die aktuelle Regierungskoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP diskutiere nicht nur, sondern stelle ihre Tatkraft unter Beweis, indem sie Gerichtsverfahren beschleunige und neue Stromtrassen baue. Unter der Regierungsverantwortung der CDU/CSU sei die Energiepolitik verschlafen worden. Hier handle die aktuelle Koalition und beschleunige den Ausbau der erneuerbaren Energien, die nichts anderes als Freiheitsenergien seien.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/3688 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Jakob Blankenburg
Berichtersteller

Volker Mayer-Lay
Berichtersteller

Tessa Ganserer
Berichterstatlerin

Nils Gründer
Berichtersteller

Dr. Rainer Kraft
Berichtersteller

Amira Mohamed Ali
Berichterstatlerin

